

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 686 bis 693:

Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.

~~Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union sollte deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen, die auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt. Wir fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen. Die Europäische Union soll eine Reform der Drogenpolitik in den Mitgliedstaaten unterstützen, die zuallererst auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt – und nicht auf Verbote und Repression.~~

Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler – Drogen. Pauschale Verbote neuer psychoaktiver Substanzen lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir Zulassungsverfahren auf der Grundlage von Risikobewertungen und Verbraucherschutz. So muss es etwa möglich sein, Cannabis legal an Erwachsene abzugeben und es als Heil-, Kultur- und Rohstoffpflanze umfassend anzuerkennen.

Die Europäische Union soll dazu beitragen, dass erfolgreiche Ansätze wie Inhaltsstoff-Analysen illegaler Drogen (Drugchecking), Substitutionsprogramme, Konsumräume und Programme zur Originalstoffabgabe und andere Maßnahmen zur Schadensminimierung wie etwa Naloxonvergabe an Abhängige in allen EU-Mitgliedsländern verfügbar gemacht werden. Gesundheitsgefährdende Marketingstrategien der Alkohol- und Tabakindustrie wollen wir in Europa konsequent zurückdrängen. Auch die Marketingstrategien für Medikamente müssen kritisch überprüft werden. Zudem fordern wir eine europaweite Strategie gegen die Verbreitung von Internet- und Spielsucht. Auch den nicht substanzgebundenen Abhängigkeiten muss mit geeigneten Regulierungen begegnet werden. Bei allen Maßnahmen sind zudem stets die Rechte der betroffenen zu wahren, anstatt sie zu entrenchen oder zu kriminalisieren.

Begründung

In dem bisherigen Wahlprogramm fehlt eine Gesamtstrategie für den Umgang mit Drogen. So drückt sich in dem Entwurf nicht der Grundsatz der Schadensminimierung aus, da wichtige und wirksame Präventions- und Hilfsmaßnahmen nicht genannt werden. Diese Programme sind teilweise schon lange evaluiert, unseren Wähler und Wählerinnen bekannt und werden daher erwartet. Dementsprechend waren diese auch im letzten Programm so enthalten. Es wäre ein fatales Zeichen, wenn der Programmentwurf hinter unseren drogenpolitischen Forderungen bei der letzten Europawahl zurückbleiben würde.

Der bisherige Entwurf enthält ebenfalls auf wichtige Fragen im Umgang mit nicht illegalisierten Substanzen keine Antworten. So werden Fragen nach dem Umgang mit der Sucht nach Internetanwendungen immer drängender und fordern daher Antworten. Auch sollten wir nicht ignorieren, dass von zahlreichen legalen Substanzen nach wie vor erhebliche Risiken ausgehen und daher Regulierungsbedarf besteht. Es ist nicht tragbar, dass immer noch massiv Werbung für Substanzen wie Tabak und Alkohol möglich ist, obwohl wir in diesem Bereich massive Suchtprobleme haben, die sich im Falle von Alkohol auch in Gewaltkriminalität ausdrücken.

Der Änderungsantrag führt dazu, die Drogenpolitik als Ganzes zu betrachten und stellt dementsprechend eine Gesamtstrategie im Umgang mit Drogen dar. Nur so können wir den mit Drogenkonsum wirksam begegnen und tragfähige Lösungen anbieten. Der Antrag wurde von der Landesarbeitsgemeinschaft Drogenpolitik in Zusammenarbeit mit dem Landesvorsitzenden aus Berlin Werner Graf erarbeitet.

weitere Antragsteller*innen

Linda Heitmann (Hamburg-Altona KV); Christiane Howe (Berlin-Kreisfrei KV); Stefan Brandes (Oder-Spree KV); Michael Servatius (Berlin-Pankow KV); Adrian de Souza Martins (Berlin-Kreisfrei KV); Danilo Zoschnik (Potsdam KV); Micha Greif (München KV); Clemens Rostock (Oder-Spree KV); Wolfgang Schmidt (Berlin-Kreisfrei KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Karolina Ziehm (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Sebastian Stämmeler (Stuttgart KV); Werner Graf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); André Marks (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Ben Seel (Frankfurt KV); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Leo Schlichter (Berlin-Mitte KV); Philipp Schulte (Münster KV); Heiko Kohl (Havelland KV)